

OTTO WOLLENBERG

Nicht zerstören — bessern

Das Heft 3/1964 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ fordert Protest heraus. Der Artikel von *Helmut Lindemann* „Plädoyer für eine neue Politik“ und der Artikel von *Manfred Kuhn* „Auschwitz und Nagold“ steht hier zunächst zur Diskussion.

I

Lindemann gibt Emotionen aber keine Begründungen. Er gibt Behauptungen über das, was möglich sei, und keine Beweisführung. Er benutzt Zitate, ohne sich der Peinlichkeit ihrer Verwendungen bewußt zu werden. Sein Anfangsmotto von *Macchiavelli*, daß „nur der Glück hat, welcher mit seiner Art zu handeln in die Zeit paßt, und ebenso der Unglück, dessen Handlungsweise nicht zur Zeit stimmt“, haben z. B. schon vor ihm auch Generationen von Opportunisten, Mitläufer und Wirrköpfe benutzt, um zu begründen, warum „ihr Mitgehen“ berechtigt gewesen war.

Man kann mit Zitaten, die wunderbar gelehrig klingen, doch wirklich alles Mögliche „beweisen“. Das gilt auch für seine beiden anderen Zitate. Er sucht drei Einzelsätze

aus vielseitigen Werken dreier Persönlichkeiten aus, um seiner abwegigen Ansicht einen theoretischen Autorisationsanstrich zu verleihen. Seit wann sind aber für die Gewerkschaften *Macchiavelli* und *Bismarck* Kronzeugen für eine richtige politische Methode? Es wäre besser gewesen, sich statt dessen *Carlo Schmid*s Satz zu erinnern „Die Politik ist die Kunst oder die Arbeit, das Notwendige möglich zu machen.“ Hierin steckt mehr von unserer geistigen Tradition und politischen Grundhaltung.

Der Verfasser erklärt kurz und bündig, die Politik der Bundesrepublik habe vollendeten Schiffbruch erlitten. Warum? Weil wir erstens die Wiedervereinigung noch nicht erreicht haben und zweitens weil kein zeitgemäßes Programm für eine durchgreifende Gesellschaftsreform vorliegt. Und diese Totalanklagen richten sich, wie er ausdrücklich betont, nicht nur gegen die bisherigen Bundesregierungen, sondern auch gegen die Opposition, die SPD. Unsere bisherige Politik sei „in der Substanz“ falsch gewesen. Vor allem müßten Regierung und Opposition „sich und der Öffentlichkeit eingestehen, daß das 15 Jahre lang verkündete Ziel, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit, auf absehbare Zeit nicht zu erreichen ist“. Und er folgert: weil wir keine Antwort auf die Deutsche Frage haben, ist die Wiedervereinigung noch nicht erreicht.

Diese Argumentation bekundet eine außerordentliche politische Naivität. Welcher verantwortliche Politiker hat je behauptet, daß innerhalb einer bestimmten Frist die Wiedervereinigung erreichbar ist? Wer tat das z. B. von der SPD? Man lese ihre sämtlichen Parteitagsprotokolle und wird nirgends eine auch nur ähnliche These finden. Stets wurde dagegen von einer sehr schwierigen, sehr langwierigen und unübersehbaren Entwicklung gesprochen. Auch seitens des Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde die Wiedervereinigungsfrage nie anders behandelt. Und wo wurde behauptet, daß das NATO-Bündnis (das ja ein Defensiv-Bündnis gegen gewaltsame Aggressionen ist) oder die EWG automatisch zur Wiedervereinigung führe? Welcher Oppositionsführer tat das? Lindemann scheint einen sehr schwierigen Weltprozeß mit einer taktischen Tagesaufgabe zu verwechseln.

Die Deutsche Frage ist teils abhängig von der europäischen, teils von der amerikanisch-russischen, teils von unserer eigenen deutschen wie gewiß auch von der inner-russischen Entwicklung. Welche Antwort hat nun Lindemann auf die Deutsche Frage? Da, nach seiner Meinung, „die Konföderation zweier deutscher Staaten zerredet worden sei“, müsse die Antwort heißen: „Die Koexistenz zweier deutscher Staaten“.

Zu 1): Die Konföderation ist nie zerredet, sondern stets als indiskutabel betrachtet worden. Zwei extrem entgegengesetzte Gesellschaftssysteme können sich nicht konföderieren. Konföderation setzt eine Gemeinsamkeit in Grundfragen voraus. Muß man das wirklich noch näher erklären? Das Pankow-Regime als Beauftragter einer ausländischen Macht hat nichts gemeinsam mit dem deutschen Volk. Es bekämpft nicht nur die Bundesrepublik als staatliches Gebilde, sondern unser Gesellschaftssystem, unser Wirtschaftssystem, unsere kulturelle Struktur und unser Grundgesetz. Es ist vor allem ein Werkzeug großrussischer Außenpolitik. Wer die Fremdherrschaft Pankows nicht sehen will und sie ummünzt in ein deutsches Gebilde, übernimmt objektiv die Funktion eines trojanischen Vierbeiners.

Zu 2): Lindemann erklärt, wir haben „zwei deutsche Staaten“ anzuerkennen, weil — „es der unumstößliche Wille Moskaus zu sein scheint, an der Teilung Deutschlands festzuhalten“. Darum fordert Lindemann die Anerkennung zweier deutscher Staaten, „die Koexistenz zweier deutscher Staaten“. Es erübrigt sich, darauf einzugehen, was er sich alles von einer solchen Politik verspricht. Es sind Wunschvorstellungen.

Gab es z. B. nicht eine Koexistenz in Berlin? Bestand dort nicht ein gemeinsamer Magistrat für ganz Berlin und die Zulassung der politischen Parteien? Wer hat diese Koexistenz zerstört? *Ernst Reuter* oder *Walter Ulbricht*? Wer hat die gewerkschaft-

lichen und parteilichen Freiheiten in der Zone aufgehoben? Wer hat den Aufstand in Mitteldeutschland, der ein unorganisierter und spontaner war, niedergeschlagen? Waren die Arbeiter Mitteldeutschlands mit amerikanischen Tanks gegen die Pankower Machthaber angetreten, oder setzten die Pankower gegen die waffenlosen Demonstranten sowjetische Tanks ein? Wer hat den Marshall-Plan für ganz Europa gewaltsam verhindert? War der Sturz der Prager Allparteienregierung ein spontaner Akt des tschechoslowakischen Volkes oder ein organisierter Putsch von Moskau? Und Ungarn?!

Aber nehmen wir an, es sei jetzt alles anders geworden, wir haben es mit einer neuen Sowjetunion zu tun. Können wir das annehmen? Wenn ja, dann müßte auch die Bereitschaft, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das die Bolschewisten unter *Lenin* proklamiert hatten, auch seitens der Sowjetunion durchzuführen, nunmehr im Wachsen begriffen sein. Doch Lindemann selbst erklärt, das Gegenteil wäre der Fall. Weil Moskau an der Teilung festhalte, müßten wir ja zwei deutsche Staaten anerkennen. Stimmt das erstere, muß das letztere falsch sein, stimmt das letztere, kann aber das erstere nicht stimmen. Wir sehen, wohin man mit Lindemanns apodiktischen Erklärungen kommt. Die Wirklichkeit ist differenzierter, zwielichtiger, schwankender und nicht in eine primitive Schwarz-Weiß-Malerei zu pressen.

In einem sehr lesenswerten Artikel in *Der Monat*, Nr. 184 Januar 1964, schreibt *Fritz Erler*: „Für die sowjetische Politik ist aber der Status quo nur in einer Richtung verwendbar: zu ihren Gunsten“. Und an einer anderen Stelle: „Die UdSSR sucht einen Atomkrieg zu vermeiden, weil sie als Atommacht weiß, was er bedeutet. Darin trifft sie sich zurecht mit den Vereinigten Staaten ... Es soll nach ihrer Vorstellung möglichst nicht leichtfertig geschossen werden. Alle anderen Formen rücksichtslosen politischen Kampfes bleiben dagegen bestehen . . . Der Westen muß also die andere Form der Herausforderung annehmen, wenn er nicht deshalb unterliegen will, weil nur eine Seite kämpft. In dieser Begrenzung ist der sowjetische Koexistenzbegriff mit dem Kalten Krieg identisch. Die Absage der Sowjetunion an den Kalten Krieg bedeutet lediglich, daß sie ihn unter einem anderen Vokabular allein zu führen denkt.“

Und Erler zieht die Schlußfolgerung: „Es gilt, die Bundesrepublik aufzuwerten, Europa aufzuwerten, die atlantische Allianz aufzuwerten; das sind die sichersten Mittel, einer Aufwertung *Ulbrichts* zu begegnen.“

Wer also Koexistenz zweier deutscher Staaten will, muß sich für einen Kalten Krieg in höchster Potenz bereithalten. Er muß gewillt sein, eine „Politik der Stärke“ zu betreiben, gegen die die bisherige ein Kinderspiel war. Er muß bereit sein, wie Berlin es dokumentierte, gegen organisierte Putsche, Störungen, Sabotagehandlungen zu kämpfen. Er muß innerhalb eines formal-legalen Zustands einen illegalen Zustand akzeptieren, der benutzt wird, um unsere eigene Gesellschaftsform und Existenz zu untergraben. Oder glaubt ein Mensch, daß die Auseinandersetzungen mit dem SED-Regime auf dem Katheder einer Universität ausgetragen werden? Wenn dem so wäre, würde es kein Ulbricht-Regime geben, hätte es keine Mauer gegeben, hätte es stets die Freizügigkeit gegeben, die Lehrfreiheit, und wären drüben nicht alle anderen Freiheiten unterdrückt.

Es ist schon so, wie *Fritz Erler* es formuliert: „Wir können der Sowjetunion zwar keine Lösung der Deutschen Frage nach unseren westlichen Vorstellungen aufzwingen, wir sind aber auch nicht gezwungen, uns von der Sowjetunion ihre Lösung im Sinne der Festschreibung der deutschen Spaltung und der Besiegelung des sowjetischen Macht-Zuwachses in Ost- und Mitteleuropa aufnötigen zu lassen.“

Es geht auch nicht an, wie Helmut Lindemann es tut, sich auf die Ära Kennedy zu berufen, um seine defätistische Politik zu begründen. Kennedy mobilisierte die Ideen und sprach von den „Neuen Grenzen“. Er sprach aber auch vor, während und nach

seiner Wahl von der Notwendigkeit der amerikanischen Aufrüstung. Und er rüstete in einer solchen Weise auf, daß heute das Raketenverhältnis nicht mehr zu Gunsten der UdSSR, sondern zu Gunsten der USA existiert. Was aber in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West für uns tragbar oder nicht tragbar ist, hat wohl der verstorbene *Kurt Schumacher* auf dem Hamburger SPD-Parteitag im Mai 1950 am klarsten und kürzesten ausgedrückt: „Taktik ist etwas Auswechselbares, aber die Auswechselbarkeit der Taktik bezieht sich auf das Operieren mit *nicht* auswechselbaren Grundsätzen“. Und diese Richtschnur nahm er nicht nur bei Meinungsverschiedenheit gegenüber den Westmächten ein — wobei er jedoch die gemeinsame Grundbasis stets betonte, sondern natürlich auch gegenüber der Sowjetunion und ihren Pankower Satelliten, mit denen er keine Gemeinsamkeit vorfand.

II

Der Artikel „Auschwitz und Nagold“ von *Manfred Kuhn* ist ein Beispiel fehlgeleiteter Blickrichtung und daher auch eine Fehlanalyse. Es ist nicht wahr, daß Nagold und Auschwitz „strukturell durchaus Gemeinsamkeiten aufweisen“.

Kuhn erklärt, in beiden Fällen handele es sich um Sadismus, der im Rahmen einer geschlossenen Formation ausgeübt werden konnte. Diese Erklärung geht genau an dem Eigentlichen vorbei. In Nagold konnten sich die Gepeinigten ihrer Peiniger erwehren, indem sie sich erfolgreich beschweren konnten. In Auschwitz wollten sich die Gepeinigten ihrer Peiniger erwehren, konnten sich aber nicht beschweren und daher auch nicht erfolgreich erwehren. Hier — in dem Nichtbeschweren — liegt eines unserer zeitgenössischen Phänomene, die Nagold aufzeigte. Eine Beschwerde bei dem Wehrbeauftragten, einem Abgeordneten, einer Zeitung, einer Gewerkschaftsleitung, einem kirchlichen Vertreter hätten den Entartungen in der Fallschirmtruppe in Nagold ein sehr schnelles Ende bereitet.

In Auschwitz wurde auf Befehl und aus Staatsdoktrin, und zwar millionenfach, und gleichgültig ob Kind, Mann, Frau, jung oder alt gemordet. Im Falle Nagold war es genau umgekehrt. Es ist sowohl von Staats wegen wie von der Bundeswehr gegen das Gesetz, Menschen zu Tode zu hetzen und sie schlimmer als das liebe Vieh zu behandeln. Wer „Maßstäbe“ für Nagold und Auschwitz setzen will, und diese grundsätzlichen Unterscheidungen nicht zieht, setzt sich objektiv selbst außerhalb eines noch diskussionsfähigen Maßstabes.

Es war immer das Vorrecht der Publizistik, die jeweiligen Zeiterscheinungen kritisch zu behandeln. Das ist auch stets das Privileg der politischen Opposition in einem demokratischen Staat gewesen. Wer aber aus dieser notwendigen Kritik einen Amoklauf gegen die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaft werden läßt, begibt sich in die Gefahr, eine destruktive Politik zu unterstützen. Statt zu bessern, zerstört er.

Ich glaube, daß wir heute in einem Aberglauben der Vollkommenheit leben. Die Vollkommenheit ist nicht so wichtig, sehr oft nicht. Das heißt, sie ist sehr wichtig als Absicht, aber sie ist nicht sehr wichtig als faktisches Ergebnis. Das Leben der Kultur ist viel wichtiger.

Jeanne Hersch